

Jochen-Konrad Fromme

- (A) Sie mußten nach Gesprächen mit der Versicherungswirtschaft eine Kommission einsetzen, um nachzubessern. Sie haben – das wurde schon angesprochen – mit Daimler-Benz sprechen müssen. Sie haben gesagt – so auch Sie, Herr Poß, gerade eben –, die Kumpel in der Braunkohle- und Steinkohlewirtschaft könnten sich auf die SPD verlassen. Ich weiß gar nicht, warum sie dann gegen Ihre Steuerreform Sturm laufen. Die Zeitungsverlage sind auf die Barrikaden gegangen.

(Zuruf von der SPD: Völlig zu Unrecht!)

Sie haben gesagt, Sie wollten einen Kurswechsel. Zumindest haben Sie das noch vor kurzem gesagt; hinterher wollten Sie das nicht mehr wahrhaben. Dann müssen Sie doch vorher etwas falsch gemacht haben; sonst hätten Sie gar keinen Kurswechsel ankündigen müssen. Aber Sie vollziehen ihn natürlich nicht.

Wie ein roter Faden zieht sich durch Ihr gesamtes Konzept das Ansinnen, Liquidität aus den Unternehmen abzuziehen, um einige wenige Wohltaten zu erfüllen. Es ist verantwortungslos, wie Sie mit der Öffentlichkeit umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie tun immer so, als würden Sie nachbessern. An einigen Stellen haben Sie auch etwas nachgebessert. Aber nehmen wir das Beispiel der Teilwertabschreibung: Statt 3,2 Milliarden DM wollen Sie jetzt noch 2,4 Milliarden DM erzielen. Also bleiben Sie doch bei dem Instrument. Wenn man aus einem Kardinalfehler einen Fehler macht, dann bleibt es bei einem Fehler. Das kennzeichnet Ihre Steuerreform: Sie bleibt ein Fehler.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie haben die „Neue Mitte“, den Mittelstand enttäuscht. Jetzt versuchen Sie, Nebelkerzen zu werfen, indem Sie auf die Unternehmensteuerreform verweisen. Sie tun immer so, als würde dieser Kreis in einem zweiten Schritt entlastet. Was wollen Sie denn eigentlich? Herr Poß hat gesagt, das Volumen werde nicht reduziert; Herr Schwanhold hat genau das Gegenteil gesagt. In der Öffentlichkeit erzeugen Sie immer den Eindruck, in einem zweiten Schritt, mit einer Unternehmensteuerreform, sollen die Steuern für diese Kreise gesenkt werden. Wenn Sie das wirklich vorhaben, kann ich nur sagen: Nehmen Sie das Ganze, machen Sie es neu, und verabschieden Sie es in einem Schritt! Dann wäre das auch glaubwürdig, aber so nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Regelungen zu den 630-Mark-Beschäftigungsverhältnissen sind ein einziges Abkassierungsmodell.

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [F.D.P.]

Von den 4,5 Millionen Menschen, die jetzt in 630-Mark-Beschäftigungsverhältnissen stehen, werden in Zukunft 3,5 Millionen steuerpflichtig. Im Finanzausschuß haben Sie gesagt, Sie wollten nur 1 Million Bescheinigungen für die Steuerbefreiung ausstellen. Also muß doch der Rest steuerpflichtig werden.

(Carl-Ludwig Thiele [F.D.P.]: So ist es!)

Nun lassen die Ministerpräsidenten verlauten, sie wollten eine Gesetzesfolgenabschätzung – nachdem das Gesetz verabschiedet ist. So etwas brauche ich doch als Grundlage für eine Entscheidung. Sie verfahren nach dem Motto: Wir probieren aus, mal sehen, was rauskommt. – Nachdem Sie die Richtung verloren haben, verdoppeln Sie beim Rudern die Anstrengungen. So kann es nicht gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P. – Ernst Schwanhold [SPD]: Ein Geisterfahrer sind Sie!)

Sie sagen, wir würden die Ministerpräsidenten in verfassungswidriger Weise beeinflussen. Nein, meine Damen und Herren, wir ermahnen die Ministerpräsidenten, den Amtseid, den sie für ihr Land geleistet haben, ernst zu nehmen. Einer von ihnen hat gesagt: „Erst das Land, dann die Partei.“ Morgen wird genau das Gegenteil vollzogen.

Deshalb: Ziehen Sie den Gesetzenwurf zurück! Sie haben selbst gesagt, daß er Murks ist. Frau Kollegin Scheel – sie ist gerade nicht da – hat geäußert, daß der Gesetzentwurf so nicht richtig ist.

Ich erinnere mich an eine Äußerung im Finanzausschuß: Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß diese Norm angewendet werden kann. Das ist handwerkliche Schlamperie. Da kann es nichts anderes geben als: Einpacken, neu machen und dann Vertrauen erwerben!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(D)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Jetzt hat das Wort der Kollege Lothar Binding, SPD-Fraktion.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe von Herrn Thiele gehört, daß es in den Osterferien eine Sondersitzung geben soll. Daraufhin habe ich mich sehr aufgeregt und dachte: Das ist schlimm; das kostet wahnsinnig viel. Sie haben den Nährboden dafür bereitet.

(Joachim Poß [SPD]: Herrn Thiele dürfen Sie doch nicht glauben! Es ist im Parlament doch bekannt, daß man ihm nicht glauben darf!)

Jetzt habe ich gehört, daß der Ältestenrat beschlossen hat, keine Sondersitzung durchzuführen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, daß mit diesem Beispiel Ihrer Öffentlichkeitsarbeit klar wird, wie Sie Politik machen.

(Carl-Ludwig Thiele [F.D.P.]: Wann kommt der neue Finanzminister denn ins Amt?)

Sie sagen, wir würden uns bestimmten Debatten entziehen. Richtig ist aber, daß wir uns zielführenden Debatten sehr gern stellen. Das sind nämlich Debatten, die unserer Gesellschaft helfen, die unserer Wirtschaft hel-

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) fen, die den Menschen helfen. Aber ich muß hier etwas ganz anderes erleben: Es werden Aktuelle Stunden mit eigentlich nur einem Ziel beantragt, nämlich Plenarzeit zu verbrauchen. Es werden Anhörungen unter dem Deckmantel beantragt, Öffentlichkeit herzustellen, Betroffene und Experten zu hören. In Wahrheit werden aber so viele Experten eingeladen, daß von vornherein klar ist: Man kann überhaupt nur 30 Prozent dieser Experten befragen; die anderen 70 Prozent gehen verärgert nach Hause und sagen: Wir sind eingeladen worden und durften gar nicht reden. Ich habe Ausschußsitzungen erlebt, in denen so lange filibustert wurde, daß die Sitzung um 2 Uhr nachts noch immer nicht zu Ende war. Ich habe – das gibt mir zu denken – erlebt, daß ein Berichterstatter versucht hat,

(Zuruf von der CDU/CSU: Zur Sache!)

durch nicht vollzogene Protokollunterzeichnungen den Parlamentsbetrieb aufzuhalten. Ich halte das alles nicht für legitime Anliegen, die jemand, der seriöse Politik macht, zu verfolgen hat.

(Carl-Ludwig Thiele [F.D.P.]: Das fand auch nicht statt!)

Ich glaube, daß Parlament und Regierung die Verantwortung tragen, die Rahmenbedingungen für Gesellschaft und Wirtschaft zu definieren. Aber die Rahmenbedingungen werden auch durch das Verhalten der Opposition definiert. Das heißt, wenn man feststellt, daß eine Regierung oder eine Regierungskoalition einen Fehler macht, muß man einen konstruktiven Gegenvorschlag machen. Das ist die Aufgabe einer Opposition.

- (B) Da, muß ich sagen, habe ich bei Ihnen relativ wenig gefunden. Ich glaube, daß Sie Ihrer Verantwortung in der Opposition damit nicht gerecht werden.

Mit dem Verfahren, das ich eingangs nannte, nämlich durch eine Falschmeldung Aufregung zu erzeugen, um das Dementi in den vielen anderen nachfolgenden Falschmeldungen untergehen zu lassen, haben Sie auch für den deutschen Wirtschaftsstandort ein weltweites Negativmarketing betrieben.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß unserem Volk durch die Summe Ihrer Äußerungen großer Schaden zugefügt wurde. Ihr Verhalten hilft nämlich weder der Wirtschaft noch dem Handwerk, noch den Familien. Es hilft auch nicht unserer weltweiten Reputation.

Es gibt ein weiteres Moment, das ich ansprechen möchte: das der Verallgemeinerung. Es stimmt, wenn Sie sagen, wir würden „die Wirtschaft“ belasten.

(Carl-Ludwig Thiele [F.D.P.]: Aha!)

All die, die bisher keine oder wenig Steuern zahlen, sollen künftig mehr Steuern zahlen. Aber Sie sagen nicht, daß wir die Wirtschaft auch entlasten. Gerechte Besteuerung heißt, die, die keine Steuern zahlen, aber die Infrastruktur nutzen, die mit den Steuern der anderen bezahlt wurde, zu belasten.

(Joachim Poß [SPD]: Die F.D.P., Schutzpatron der Steuerhinterzieher!)

Der entscheidende Punkt ist, daß Steuergerechtigkeit beide Momente aufweist, nämlich Belastung derjenigen, die sich ihrer Pflicht entziehen, und Entlastung derjenigen, die ihre Steuern ehrlich zahlen. (C)

Ich glaube, daß wir einer gerechten gesellschaftlichen Entwicklung mit der Entlastung der Arbeitnehmer, mit der Entlastung des Mittelstandes, mit der Belastung der Konzerne, die bisher kaum Steuern zahlen, sehr wohl einen vernünftigen Boden bereitet haben. Ich bitte Sie, dies unter Marketinggesichtspunkten für Deutschland entsprechend differenziert darzustellen. Ich glaube, daß wir gerade unter dem Gesichtspunkt der differenzierten Darstellung wirtschafts- und finanzpolitischer Zusammenhänge Oskar Lafontaine noch sehr vermissen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Jetzt hat das Wort Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion.

Otto Bernhardt (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicher richtig, daß in der Bundesrepublik schon mancher Minister zurückgetreten ist. Aber noch nie hat ein Rücktritt eines Ministers so positive Signale ausgeübt,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: 100 Milliarden DM!)

sei es an den nationalen oder internationalen Börsen oder seien es die Erwartungen an die wirtschaftliche Zukunft. (D)

Mit dem Namen Lafontaine werden in Deutschland insbesondere vier Dinge verbunden: erstens das Steuerchaos der letzten Monate, zweitens die in Wissenschaft und Praxis längst widerlegte These von der nachfrageorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik,

(Konrad Gilges [SPD]: Das ist falsch, was Sie sagen!)

drittens das sogenannte Steuerentlastungsgesetz – Herr Kollege Müller, Sie wissen genau wie ich, die Entlastung ist nicht für 1999 und nicht für das Jahr 2000 vorgesehen, sondern, wenn überhaupt, für das Jahr 2002; von daher verdient dieses Gesetz sicher nicht den Namen Entlastungsgesetz –,

(Beifall bei der CDU/CSU)

viertens das Ökosteuerengesetz. Wenn wir letzteres genau betrachten, ist es doch auf der einen Seite schlicht ein Energiesteuererhöhungsgesetz und auf der anderen Seite eine Erhöhung des Bundeszuschusses zu den Sozialversicherungen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus Wolfgang Müller [Kiel] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Senkung der Lohnnebenkosten!)

Allerdings gibt es nicht nur innerhalb der CDU/CSU und der F.D.P. sowie den von Ihnen vielzitierten Wirt-